

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Dritter Band)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4729.

Nr. 88/84.

Berlin, Sonnabend, 14. Oktober 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Arbeiter nach dem Kriege. — Gemeinnützige Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten. — Stoffung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen der Käufer. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands. — Literatur. — Anzeigen.

Die Arbeiter nach dem Kriege.

Noch immer lobt der Weltkrieg und fordert täglich seine Opfer. Die Kriegswirtschaft, nichts anderes als eine sozialistische Gemeinwirtschaft mit allen uns bekannten unangenehmen Begleiterscheinungen, regelt die Bedürfnisse des täglichen Lebens, oft nicht scharf genug zuffassend und nicht allen Wünschen entsprekend; im Frieden blühende Industrien liegen darnieder oder ruhen vollständig. Nur in der Kriegsindustrie herrscht eine fieberhafte Tätigkeit, welche untern Kämpfern an den Fronten die zur Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Materialien und Ausrüstungsgegenstände liefert. Noch immer regiert Mars die Stunde! Da könnte es denn voreilig erscheinen, schon jetzt von Verhältnissen nach dem Kriege zu sprechen, und doch ist es gut, wenn es rechtzeitig geschieht. Die Friedensglocken ertönen noch nicht, und doch werden wir sie einst zu hören bekommen. Jene sehnlich herbeigewünschte Stunde darf das deutsche Volk und auch die deutsche Arbeiterschaft nicht unvorbereitet treffen. Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wird nicht immer leicht zu finden sein; rechtzeitig ergriffene Maßnahmen werden jedoch die sich vollziehende Wandlung vorbereiten und ihre Durchführung erleichtern.

In der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke“ wird die Lage der Arbeiter nach dem Kriege in einem beachtenswert erscheinenden Artikel besprochen und vieles gesagt, dem auch wir uns durchaus anschließen können; dies umso mehr, als der Verfasser gegenüber der in der Kriegszeit ungewissheit erfolgten Stärkung des Einflusses der Arbeitgeber-Verbände mit Recht hervorhebt, daß auch die Arbeiterverbände durch den Krieg einen auf die Gewinnseite zu verbindenden Erfolg zu verzeichnen haben. In zahlreichen Fällen haben ihre sich oft bestehenden Verbände sich zu gemeinsamen Handeln vereinigt, und es ist zu erwarten, daß die trennenden Unterschiede, wenn auch nicht verschwinden, so doch der Not gehorchend beiseite geschoben werden, um ein einmütiges Handeln in der kommenden schweren Zeit zu ermöglichen.“ Dieses Zusammengehen wird, ohne arundföchtlichen Trennendes zu befechtigen, so hoffen auch wir, über die Kriegszeit aushalten.

In der „Glocke“ wird nun darauf hingewiesen, daß es nach dem Kriege an Arbeitsgelegenheit nicht fehlen wird. Deutschland und alle anderen kriegsführenden Länder werden ausverkauften Warenhäusern gleichen, die ihre Lagerbestände wieder ergänzen müssen. Rohstoffe werden erzeugt, eingeführt und verarbeitet werden. Die Neuerungen und Neubeschaffungen für das Meer, der stark erhöhte Bau von Handelschiffen, der während der Kriegszeit fast völlig ruhende Bau von Wohnhäusern und was dergleichen Dinge mehr sind, werden Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle schaffen, wozu noch der große Mangel an Arbeitskräften hinzukommen wird. Trotz dieser günstigen Aussichten aber wird man in der Uebergangszeit eher mit einem Ueberangebot als mit einem Mangel an Arbeitskräften zu rechnen haben. Die Arbeiterschaft wird, so wird weiter ausgeführt, mit gewissen Gefahren nach dem Kriege zu rechnen haben. Solche werden sicher vorhanden sein; werden sie aber recht-

zeitig erkannt, so dürfte dies immerhin schon einen Vorteil bedeuten.

Zu diesen Gefahren für die Arbeiterschaft werden die Kriegsinvaliden gerechnet. Den ianigen Wunsch, diesen Invaliden, die für uns zum Krüppel geworden sind, die nicht mehr über ihre volle Arbeitskraft verfügen, Arbeit und Verdienst zu schaffen, teilen auch wir selbstverständlich. Die Furcht, daß die Invaliden durch die Rente nicht nur ihren eigenen Lohn, sondern auch den ihrer Arbeitskollegen drücken werden, muß aber als nicht unbegründet anerkannt werden. Vereinzelt sind schon jetzt Bemühungen erkennbar, die Tätigkeit der Kriegsinvaliden den bestehenden Verhältnissen anzupassen und ihre Entlohnung so zu regeln, daß den nichtbeschädigten Arbeitern eine fühlbare Konkurrenz nicht ertreite. Von einer Verallgemeinerung haben auch wir bisher nichts bemerkt. Die Arbeiter haben allen Anlaß, diese Frage für später aufmerksamer im Auge zu behalten. Eine weitere Gefahr besteht für sie in der während des Krieges recht erweiterten Frauennarbeit. Mit vollem Recht hebt der Verfasser hervor, daß ein plötzlicher völliger Umsturz, eine Rückkehr auf den Zustand vor dem Kriege ausgeschlossen erscheint.

„Das wäre ja an und für sich nicht zu beklagen, wenn nicht die Frauenarbeit im allgemeinen lohndrückend wirkte. Maßgebende Unternehmerkreise haben bereits erklärt, daß die niedrigen Arbeitslöhne der Frauen ein Vorzug seien, den man auch nach dem Kriege nicht missen möchte.“

Konsequente Durchführung derartiger Grundzüge muß natürlich lohnrückend für die Männerarbeit wirken. Wir möchten getreu unseren Grundsätzen schon jetzt darauf hinweisen, daß eine Organisation der Frauen in größerem Umfange ein wesentliches Mittel zur Beseitigung dieser Gefahr ist. Darauf hinzuwirken, wird eine Aufgabe aller Arbeiterkreise sein.

Als eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr wird in der „Glocke“ sodann die Seimarbeit der Invaliden und Kriegserwitwen hingetollt.

„Wer ein gut Teil seines Lebensunterhaltes in Gestalt einer Rente bezieht, ist gar zu leicht geneigt, die Arbeitsentlohnung als einen Zufahrdienst aufzufassen und die in der Regel schon ohnehin nicht sehr hoch bemessenen Löhne für Seimarbeit zu unterbieten. Niedrige Löhne in der Hausindustrie führen aber zur Unterernährung, zur Verkümmernng der Arbeiter und drücken auch auf die Fabrik- und Werkstattlöhne in den Zweigen, die nebenbei auch mit Hausindustrie arbeiten.“

Die von der sozialistischen Wochenschrift wiedergegebene Meinung, in Arbeiterkreisen herrsche aus allen diesen Gründen die Besorgnis, daß trotz reichlicher Arbeitsgelegenheit sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern und die Löhne sinken werden und daß weitere Befürchtungen bestehen hinsichtlich eines längeren Hochlebens der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse, können wir aus eigener Kenntnis vollauf bestätigen. Ebenso pflichten wir dem Verfasser bei, wenn er meint, daß diese Furcht durchaus nicht unbegründet sei, denn die Erzeuger und Verteiler der für den Lebensunterhalt notwendigen Mittel werden nur sehr ungern von den hohen Preisen heruntergehen, auch wenn die Verhältnisse, welche diese hohen Preise bedingen, nicht mehr vorhanden sind.“ Endlich stimmen wir auch darin überein, daß die Schwierigkeiten, welche bei der Rückkehr zu geordneten Verhältnissen zu überwinden sind, durch Neuernung und Knappheit der Mittel für die Lebensbedürfnisse nicht noch größer und Volkskraft und Gesundheit nicht dadurch geschädigt werden. Hier werden ernerliche Maßnahmen dringend zu fordern sein.

Einer anderen der Arbeiterschaft drohenden Gefahr, die Verschiebung der Machtverhältnisse in den Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zugunsten der letzteren, haben wir bereits kurz Erwähnung getan. Wir wollen für heute auf dieses Thema nicht weiter eingehen, schließen uns aber dem Schlußwort des Artikels der erwähnten Wochenschrift vollständig an, das eine ernste Mahnung für alle Arbeiter enthält: „Schwere Kämpfe werden den Arbeitern nach dem Kriege nicht erspart bleiben. Für sie gilt es schon heute zu rüsten. Bereit sein ist alles!“ Das muß vor allem auch in den Reihen der Gewerkevereine größte Beachtung finden. ks.

Gemeinnützige Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten.

Die den Betrag von 2 Milliarden weit übersteigenden Vermögensbestände der Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung werden nicht angelegt, um nur Zinsen zu bringen, sondern finden reichlich Verwendung zur Förderung gemeinnütziger Zwecke. Nach der neuesten amtlichen Zusammenstellung sind auf diese Weise bis Ende 1915 als Darlehen 1323,5 Millionen Mark gegen 1266,8 Millionen Mark bis Ende 1914 ausgegeben worden. Für eigene Anstalten der Versicherungsträger sind 88,6 Mill. Mark aufgewendet. Die Gesamtleistungen betragen somit 1412,1 gegen 1351,4 Millionen Mark am Schlusse des Jahres 1914.

Für den Bau von Arbeiterwohnungen sind im ganzen 558,9 Mill. Mk. ausgeliehen worden. Auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen fallen 531,1 und auf den von Ledigenheimen (Hosbigen, Herbergen, Gesellenhäusern usw.) 27,8 Mill. Mk. Auf dem Gebiete der Arbeiterunterstützung steht an erster Stelle die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz mit einer Darlehenssumme von 86,9 Mill. Mk. Es folgen Westfalen mit 66,5, Königreich Sachsen mit 56,0, Hannover mit 50,3, Baden mit 37,4, Württemberg mit 28,9, der Allgemeine Knappschaftsverein in Bochum mit 23,9, die Pensionskasse für die Arbeiter der Breunisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft mit 23,6 und Sassen-Nassau mit 20,2 Millionen Mark. Die übrigen Versicherungsträger sind mit kleineren Beträgen beteiligt; zwei Sonderanstalten haben keine Wohnungsbaudarlehen gewährt. Weitaus der größte Teil der zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen bestimmten Summe, nämlich 316,3 Mill. Mark, ist an Genossenschaften, Gesellschaften, Aktienbauvereine, sonstige gemeinnützige Vereine und Stiftungen hergegeben. 71,7 Millionen Mark entfallen auf weitere Gemeindeverbände (Provinzen, Kreise), Gemeinden, Sparkassen und sonstige Anstalten oder Verbände des öffentlichen Rechts. Die von 26 Versicherungsanstalten und 4 Sonderanstalten unmittelbar an Versicherte hergegebenen Darlehen zum Wohnungsbau betragen 100,6 Mill. Mark. 42,5 Mill. Mk. sind an Arbeitgeber ausgeliehen. Von den gesamten Wohnungsbaudarlehen waren bis Ende 1915 76,8 Mill. Mk. an die Versicherungsträger zurückgezahlt. Der Bestand an laufenden Darlehen am Schlusse des Jahres 1915 betrug somit 482,1 Mill. Mk.

Der Zinsfuß für die Darlehen lag unter 3% Prozent in 36,06 vom Hundert des Gesamtbetrages, er betrug gerade 3% Prozent in 48,75 vom Hundert und mehr als 3% Prozent beim Rest.

Zum Wohnungsbau für nichtversicherte Personen haben 18 Versicherungsanstalten und 2 Sonderanstalten bis zum Schlusse des Jahres 1915 17,3 Mill. Mk. an Beamtenbauvereine und

fontliche gemeinnützige Bauvereine zu Zinsföhen von 3 1/2 bis 4 v. S. hergegeben. Diese Darlehen sind bei den genannten Zahlen nicht eingerechnet, sondern bei den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtszwecke, von denen später die Rede ist.

Die Arbeiter-Pensionskasse der Königlich Sächsischen Staatseisenbahnen und die Pensionskasse der Reichseisenbahnen haben für einen Teil ihrer Mitglieder Wohnhäuser errichtet, und zwar die erstere Kasse mit einem Aufwand von 684 952 M. fünf Doppelhäuser mit 128 Wohnungen, die letztere mit einem Aufwand von 566 633 M. 10 Häuser mit 120 Familienwohnungen. Diese Beträge sind in dem Aufwand für eigene Anstalten enthalten.

Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses sind bis Ende 1915 rund 184 Millionen Mark ausgegeben. Dieser Betrag ist gegen das Vorjahr um 5,1 Mill. M. gestiegen. Er stellt aber bei weitem nicht die ganze Summe dar, die von den Versicherungsträgern zugunsten der ländlichen Bevölkerung hergegeben ist. Abgesehen von dem Aufwand für Wohnungsfürsorge auf dem Lande, der in den bereits genannten Zahlen mitenthalten ist, entfällt von den Darlehen für allgemeine Wohlfahrtszwecke ein Betrag von 249,5 Mill. M. auf Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. In diesem Betrage sind allerdings auch Darlehen für Krankenhäuser usw. enthalten, die zwar auf dem Lande liegen, aber in erster Linie zur Aufnahme von Kranken und Erholungsbedürftigen aus der Stadt bestimmt sind. Aber auch nach Abzug dieser Darlehen wird noch eine beträchtliche Summe übrigbleiben, die ausschließlich zur Sebung der Wohlfahrt der ländlichen Bevölkerung verwendet ist. Endlich ist die Landwirtschaft mittelbar noch dadurch gefördert worden, daß eine große Anzahl von Versicherungsträgern landwirtschaftliche Pfandbriefe, Rentenbriefe, Provinzialanleihe-scheine, Pfandbriefe von Landwirtschaftsbanken usw. im Nennwert von 157,8 Mill. M. angekauft haben.

Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege waren bis Ende 1915 630,5 Mill. Mark ausgegeben, und zwar:

- a) für den Bau von Krankenhäusern, Volksheilstätten, Invalidenheimen usw. 148,9,
- b) zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern, Schlachthäusern, Kanalisationen usw. 198,1,
- c) für Erziehung, Unterricht und Sebung der Volksschule 98,8,
- d) für sonstige Wohlfahrtszwecke 184,7 Millionen Mark.

Zu dieser letzten Gruppe gehören namentlich Darlehen zum Wohnungsbau für Nichtversicherte, zum Bau von Gas- und Elektrizitätswerken, Lokal- und Straßenbahnen, Feuerlöschanlagen, für Straßen-, Kanal-, Säfen-, Brücken-, Damm- und Uferschuttbauten, für Fußregulierungen, Erwerbung von Wasserrechten, Vorseitigung von Hochwasserhäden, für den Bau von Kalkbrennen, für Stadterweiterungen und für Grunderwerb zwecks späterer Bebauung oder Anlegung öffentlicher Plätze sowie zur Förderung des Gewerbes und der Industrie; ferner Darlehen zum Bau von Kirchen, kirchlichen Gemeindehäusern, christlichen Vereins- und Versammlungshäusern, Sanitätskolonnenhäusern, zur Errichtung von Arbeiter-Konsumvereinen, Konsumvereinsbädereien, Gemeindebädern und Gemeindefriedhöfen. Weiter finden sich hier Darlehen zur Errichtung von Heimen für Gemeindefürsorge, Lehrerinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Seelente, für Volks- und Jugendheime, Kleinkinderbewahranstalten, für Taubstummen- und Blindenanstalten, Waisen- und Armenhäuser, gemeindliche Anstalten zur Beschäftigung brotlos gewordener Arbeiter, Arbeiterkolonien, Wanderarbeitsstätten, für Ayle, Fürsorgeheime und Zufluchtsstätten aller Art, für Volksküchen und endlich für verschiedene Einrichtungen zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs.

Zum Teil haben diese Darlehen auch der Kriegswohlfahrtspflege gedient, insbesondere durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Allerdings umfaßt die Nachweisung nicht sämtliche Kriegsdarlehen, weil verschiedene Versicherungsanstalten — wohl mit Rücksicht auf die für diese Darlehen vielfach vorgelebene kurze Frist der Rückzahlung — von der Aufnahme einzelner Kriegsdarlehen abgesehen haben. Insgesamt sind im Jahre 1915 46 231 650 M. an Darlehen zur Linderung der Kriegsnot zu Zinsföhen von 3 bis 5 v. S. ausbezahlt worden. Mit der größten Summe ist die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz beteiligt, die 21 683 075 M. für solche Zwecke hergegeben hat. Die Darlehen dienen hauptsächlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Unterstützung von Arbeitslosen und Angehörigen von Kriegsteilnehmern, zur Förderung gesundheitlicher Maß-

nahmen, zur Deckung der Ausgaben einzelner Krankenkassen für die Kriegswochenhilfe usw.

Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hat außer den in der Nachweisung angegebenen Summen noch 38 928 676 M. der Landesbank der Provinz Westfalen überwiesen, die lahnungsgemäß Darlehen zu 3 1/2 bis 4 v. S. insbesondere an Gemeindeverbände, Kirchen- und Schulgemeinden, gemeinnützige Anstalten, Körperschaften und Genossenschaften, gewerbliche Unternehmer, städtische und ländliche Grundbesitzer hergibt.

Der Aufwand für eigene Anstalten der Versicherungsträger erreichte, wie bereits im Eingang erwähnt, bis Ende 1915 eine Höhe von 88,6 gegen 84,6 Mill. M. im Vorjahr. Als eigene Anstalten der Versicherungsträger sind zu nennen 42 Lungenheilstätten, 2 Tuberkulinstationen, 36 Genesungshäuser, 5 Krankenhäuser, 1 Krankenheim (Wildbad), 1 Seilstätte für Rheumatischer, 1 zahnärztliches Institut, 1 Walderholungsstätte, 1 Tuberkulose-Fürsorgestation, 16 Invalidenheime, 1 Arbeitsnachwehgebäude und 1 Geschäftsgeschäftsinneheim. Ferner gehören hierher die bereits an anderer Stelle erwähnten 15 Arbeiterwohnhäuser zweier Sonderanstalten. Zahlreiche Neuanlagen sind außerdem in Angriff genommen. Außerdem erforderten Um- und Erweiterungsbauten, Verbesserungen, kleinere Grundstücksankäufe sowie die Erneuerung und Ergänzung der beweglichen Einrichtung nicht unerheblichen Aufwand. Im Jahre 1900 betrug dieser Aufwand für eigene Anstalten 11,16 Millionen Mark. Er hat sich also in 15 Jahren nahezu verdreifacht.

Staffung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen der Käufer.

Die schwere Not der Kriegszeit, die durch die lange Dauer immer mehr verschärft wird, hat allerlei Maßnahmen gezeitigt, die darauf hinauslaufen, den großen Massen der unbemittelten Volksschichten die Möglichkeit zu geben, sich mit verhältnismäßig billigen Nahrungsmitteln zu versehen. Unter diesen Maßnahmen finden wir auch die von den Stadtverwaltungen nach dem Einkommen abgestufte Festsetzung der Lebensmittelpreise. Es soll nicht mehr, wie bisher im Handel, ein einheitlicher Preis für alle Käufer ohne Ansehen ihrer wirtschaftlichen Lage gelten, sondern der Preis soll sich nach der Zahlungsfähigkeit des Käufers richten. Unseres Wissens ist die Stadt Bremen die erste gewesen, die dies System eingeführt hat. Sie gab nämlich Karten „für verbilligte Lebensmittel“ aus, worauf Lebensmittel (Kartoffeln, Fett, Fleisch, Gemüse, Reis, Grieß und Süßsenfrüchte) zu einem erheblich billigeren Preise, als im privaten Handel, verabfolgt werden. Die Preisoberbahrungen sind ganz bedeutend, teilweise bis zu 50 Prozent. Bezugsberechtigt sind alle Haushaltungen, die lediglich auf Unterstützung durch das Reich oder das Rote Kreuz angewiesen sind oder deren Durchschnittswochenverdienst 25 M. nicht übersteigt. Bei der ersten Verteilung im November 1915 sind rund 70 000 Karten ausgegeben worden. Inzwischen ist eine Neuregelung vorgenommen worden. Danach wird die Bevölkerung nach dem Einkommen in vier Gruppen eingeteilt. Eine vierköpfige Familie bis 1500 M. Jahreseinkommen zum Beispiel gehört zur ersten Gruppe, eine gleiche Familie bis 2500 M. zur zweiten Gruppe usw. Der Preis der Lebensmittel wird nach den Gruppen abgestuft. Neuerdings hat auch der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Hamburg-Altona in einer Eingabe an den Hamburger Senat sowie an die Stadtverwaltungen in Altona, Harburg, Wandsbek und Bergedorf eine ähnliche Staffung beantragt. Er schlägt drei Gruppen vor, und für die Aufteilung zu einer Gruppe soll das Einkommen des Haushaltungsvorstandes und die Zahl der von ihm zu unterhaltenden Personen maßgebend sein. Der regelmäßige Einheitspreis gilt für die Angehörigen der obersten Gruppe, die Angehörigen der anderen Gruppen bekommen entsprechende Ermäßigungen.

Der Gedanke, der der Staffung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen zugrunde liegt, ist zweifellos sehr beachtenswert, und es erscheint deshalb auch erklärlich, daß ihm das Kriegsernährungsausschuß wohlwollend gegenübersteht. Seine Verwirklichung bietet allerdings große Schwierigkeiten, wie sie jede mechanische, schablonenmäßige Regelung der Lebensmittelveilung natürlicherweise mit sich bringt, aber diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Die Verrechnung der verschiedenen Waren auf die einzelne Karte des Käufers und die Abrechnung mit den Stadtverwaltungen wird den Säcklern viel Arbeit machen, und manche Säckler und Säcklerinnen werden sich

kaum hindurchfinden können. Die Konsumvereine sind bereit — und auch imstande — zur Durchführung des neuen Systems an ihrem Teile mitzuwirken. Ihr Verkaufspersonal weiß ohnehin mit Marken Wechsel und wird sich auch in dies neue Markensystem leicht hineinarbeiten.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 13. Oktober 1916.

Die Stärkung der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder darf gerade in der jetzigen Zeit nicht vernachlässigt werden. Das Vereinsleben wird mit dem Eintritt der kühleren Jahreszeit gewöhnlich reger; es können Vortragsabende veranstaltet werden, und damit ist die Gelegenheit gegeben, Mitglieder für uns zu gewinnen. An Initiationsmaterial fehlt es nicht. Die Verbandsleitung wird, was in ihren Kräften liegt, dazu beitragen, den Kollegen Stoff und Anregungen an die Hand zu geben. Aber damit allein ist es nicht getan. Wenn nicht alle vorwärtstrebenden und denkenden Gewerkevereinskollegen ihre volle Schuldigkeit tun, dann können wir nicht vorwärts kommen. Frisch ans Werk! Muß jetzt unsere Parole sein.

Vor allen Dingen muß verurteilt werden, die Kollegen, die früher zu uns gehört und uns den Rücken gewandt haben, wieder der Organisation zuzuführen. Dazu gehören nicht allein diejenigen, die in der ersten Kriegsaufregung von uns gegangen sind, sondern auch alle die, die zur Fabrik berufen, aber jetzt wieder heimgekehrt sind, weil sie sich irgend einen Schaden bei der Verteidigung des Vaterlandes zugezogen haben. Viele von ihnen finden vielleicht den Weg zur Organisation nicht zurück, wenn sie nicht von den Kollegen geholt werden. Auch unter den Frauen, die jetzt einen so erheblichen Bestandteil in den Fabriken bilden, muß die Werbearbeit eifrig betrieben werden. Nicht alle kehren mit Kriegsende zu ihrer häuslichen Arbeit zurück; viele von ihnen werden auch nachher in die Fabrik gehen müssen. Da besteht die Gefahr, daß sie zu Lohnrückerinnen werden, wenn sie nicht einer Organisation angeschlossen sind. Es ist also das ur-eigentliche Interesse, das uns zwingt, die Frauen für die Organisation zu gewinnen. Auch für jungen Nachwuchs muß gesorgt werden. Die jungen Leute müssen ebenfalls über den Wert und die Bedeutung der Berufsorganisation aufgeklärt und zum Anschluß an die Gewerkevereine veranlaßt werden.

Oft genug ist von uns schon darauf hingewiesen worden, wie zahlreiche und gemaltige Aufgaben die Organisationen der Arbeiter gerade nach Friedensschluß zu bewältigen haben werden. Sie werden das nur dann mit dem nötigen Nachdruck tun können, wenn sie große Massen hinter sich haben, auf die sie sich berufen können. Auch diese Tatsache muß uns ein Ansporn zur Werbearbeit sein. Endlich wollen wir nicht vergessen, daß auch Lohnkämpfe den Arbeitern in der Zukunft nicht erspart bleiben. Auch von diesem Gesichtspunkte aus muß die Stärkung der Gewerkevereine uns als eine zwingende Pflicht erscheinen, der sich keiner von uns entziehen darf. Wir erwarten deshalb, daß diese Mahnung nicht vergeblich an die Kollegen gerichtet wird, sondern daß sie mit verstärkten Kräften alles daran setzen werden, um das Geer der um das Banner der Deutschen Gewerkevereine geisterten Arbeiter zu vermehren.

Die Kriegsunterstützungen des Gewerkevereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter erreichten in den Monaten Juli und August nachstehende Beträge: Aus der Hauptkassette des Gewerkevereins wurden M. 15 410,14 gezahlt, aus Sammelgeldern und Lokalfonds der Ortsvereine zur Unterstützung der Kriegsfamilien M. 6699,89, aus dem Kriegsfonds M. 358,00. Somit betragen die in der Kriegszeit gezahlten Unterstützungen aus der Hauptkassette M. 375 651,03, aus den Lokalfonds und Sammelgeldern der Ortsvereine M. 213 444,90, aus dem Kriegsfonds M. 8164,86, das sind zusammen M. 597 260,79.

Die Leistungen der Krankenkasse, die während der Kriegszeit nicht herabgesetzt wurden, haben mit Ende August von Beginn des Krieges an gerechnet, die Summe von M. 510 279,80 erreicht. An Sterbegeld wurden seit Beginn des Krieges M. 83 196,90 gezahlt.

Die Gesamtunterstützungen, die von diesem Gewerkeverein seit Beginn des Krieges gezahlt wurden, betragen also M. 1 190 737,49.

Zum Seeresdienst wurden nach den bisher eingegangenen Meldungen 15 521 Kollegen einberufen.

Ihrer Größe entsprechend haben die übrigen Gewerkevereine ähnliche Leistungen aufzuweisen.

Will an Segen d

Ein Boden westfälische weil man den Betigen. I Kriegsge von Mär find sie i Mit dief Wenn sie daß man so müßt werden. handelt.

Die dichtet, der sucht mo lautet me Der irisch beford sic no Oberberga Grundbe 4. August Arbeitern

Dam ungeredht schäftigen artige M Die deut Kriegspla nung get den in ein zur Abful Arbeitern es doch d nahmen p zu beschä ften einer aus im S liegt.

Wir hier kurz legen, un den, entp higen, sic a der Erde

Was nser Bist net treffen Betrachtun Wirtschaft Verli uns keine Krieg ist e schen Staad buirie des Unterliegen uns auf t keiten gem Nachstrefe sie uns mit am mit amortisiere fähigkeit in wenigen S Arbeiter die folgen und werden."

Wir auch die z lichen Miil .,Deutschen fonen beh

Im E der „Zos, beitsgemei nehmer gu „Grundlät „Die u weches für ihres Veru aufstatten, d Berufsange genante M Seeresdieni

Zu di tionen der d. S. gewo eingeführt n dabın getw

Will angesichts solcher Zahlen noch jemand den Segen der Arbeiterorganisationen leugnen?

Eine starke Beunruhigung hat in den letzten Wochen in der Bergarbeiterchaft des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Platz gegriffen, weil man mit dem Plane umgehen soll, Frauen auf den Bergwerken auch unter Tage zu beschäftigen. Die Frauenarbeit hat notgedrungen in der Kriegszeit Arbeitsgebiete belebt, die früher nur von Männern beherrscht wurden. Auch über Tage sind sie in vermehrter Zahl im Bergbau tätig. Mit diesen Tatsachen hat man sich abgefunden. Wenn sich aber die Gerüchte bewahrheiten sollten, daß man auch Frauen unterirdisch beschäftigen will, so mühte dagegen entschiedener Einspruch erhoben werden. weil es sich hier um eine Tätigkeits handelt, die der Frauenkörper nicht ertragen kann. Die diesbezüglichen Gerüchte haben sich so verdichtet, daß das Oberbergamt um eine Auskunft ersucht worden ist. Der Weichbild einer Behörde lautet nach der „Bergarbeiter-Ztg.“:

Der Antrag, Frauen auch unterirdisch zu beschäftigen, ist bei der Bergbehörde eingereicht. Die Behörde ist sich noch nicht schlüssig geworden. Das Oberbergamt steht auf dem Standpunkt, daß es auf Grund des sogenannten „Ermächtigungsgesetzes“ vom 4. August 1914 auch über die Zulassung von weiblichen Arbeitern unter Tage entscheiden kann!

Danach ist in der Tat die Befürchtung nicht ungerechtfertigt, daß man Frauen unter Tage beschäftigen will. Die Notwendigkeit für eine derartige Maßnahme vermögen wir nicht einzusehen. Die deutsche Bergarbeiterchaft hat allen durch die Kriegslage gebotenen Anforderungen bisher Rechnung getragen. Die Förderung ist gesteigert worden in einem Maße, daß nicht einmal aemula Wagen zur Abfuhr der Kohlen vorhanden sind. Von einem Arbeitermangel kann also nicht die Rede sein. Wenn es doch der Fall wäre, so müßten andere Maßnahmen getroffen werden. Frauen als Bergarbeiter zu beschäftigen, verträgt sich nicht mit dem Gedanken einer gesunden Bevölkerungspolitik, die durchaus im Interesse der Zukunft unseres Vaterlandes liegt.

Wir wollen uns zunächst darauf beschränken, hier kurz unsern Standpunkt zu der Frage festzulegen, und erwarten, daß die maßgebenden Behörden, entsprechend den im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen, sich gegen die Beschäftigung von Frauen unter der Erde entscheiden werden.

Was eine Niederlage der deutschen Heere für unser Wirtschaftsleben bedeuten würde, kennzeichnet treffend der „Deutsche Textilarbeiter“ in einer Betrachtung über die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse:

Verliert Deutschland den Krieg, dann wird man uns keine leichten Bedingungen auferlegen. Denn der Krieg ist ein Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten, bei dem es sich darum handelt, die Industrie des Gegners so viel wie möglich zu schädigen. Unterliegen wir, so haben wir damit zu rechnen, daß uns auf dem Gebiete der Rohstoffzufuhr Schwierigkeiten gemacht werden. Man wird uns vielleicht die Rohstoffe nicht vorenthalten wollen, aber man wird sie uns möglicherweise mit einem Einfuhrzoll belegen, um damit die uns auferlegte Kriegsschädigung zu amortisieren und auf diese Weise unsere Konkurrenzfähigkeit in sehr einfacher Weise niederzuhalten. Diese wenigen Hinweise zeigen, wie wichtig es ist, daß wir Arbeiter die kommenden Dinge mit offenen Augen verfolgen und dafür sorgen, daß wir nicht überstraft werden.

Wir müssen also hüten. Deshalb müssen auch die zur erfolgreichen Kriegsführung erforderlichen Mittel bewilligt werden, was gewisse dem „Deutschen Textilarbeiter“ sehr nahestehende Personen beherzigen mögen.

Im Bäcker- und Konditorgewerbe ist, wie wir der „Soz. Prax.“ entnehmen, ebenfalls eine Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für die Kriegsteilnehmer zustande gekommen. In den vereinbarten „Grundrissen“ heißt es:

„Die unterzeichneten Organisationen des Bäckergewerbes fühlen sich verpflichtet, den Kriegsteilnehmern ihres Berufes dadurch an ihrem Teil ihren Anteil abzugeben, daß sie möglichst allen im Felde lebenden Berufsangehörigen den baldigen Wiedereintritt in ihre gewohnte Berufstätigkeit bei ihrer Entlassung aus dem Wehrdienste sicherstellen.“

Zu diesem Zweck ist der von den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter am 4. Mai d. J. gewählte Ausschuss als „Zentralarbeitsamt“ eingesetzt worden. Es wird von dieser Zentrale aus dahin gewirkt werden, daß Kriegsteilnehmer, ge-

funde wie auch kriegsbeschädigte, soweit sie in dem Berufe überhaupt noch verwendungsfähig sind, in allen Arbeitsnachweisen des Wädergewerbes bei der Arbeitsvermittlung den Vorzug genießen sollen. Kriegsbeschädigte sollen je nach ihrer Leistungsfähigkeit entlohnt werden; die Renten dürfen nicht in Anrechnung gebracht werden.

Einen Blick in die Zukunft wirft im „Fabrik- und Handarbeiter“ der Kollege Dahn-Burg, der schreibt:

„Der Friede wird kommen, er ist vielleicht näher, als es scheint. Auch die dritte von der Entente geplante und bereits in Vorbereitung befindliche Offensive wird zerschellen wie ihre Vorgänger an dem Siegeswillen deutscher Männer, und muß der auch von uns allen ersehnte Friede kommen!“

Dann aber wird eine der Hauptarbeiten in den Innern unseres Vaterlandes beginnen müssen. Es gilt aufzubauen und auszubauen. Der schöne Spruch: Gleiches für alle! muß aufhören, nur eine Phrase zu bleiben; er muß endlich Wahrheit werden. Freie Bahn für alle sittliche Volkskraft, gleichviel, ob ihre Träger aus Gütten oder Palästen stammen. Der ethische Grundzug deutschen Wesens, der in der Verteilung des höchsten Volksgutes, des Vaterlandes, eine schöne Pflicht erfüllt, will auch teil haben an dem Recht der Erhaltung dieses Gutes!

Noch stehen, wie kaum bisher in den letzten beiden schweren Jahren, Deutschlands Söhne in heißem Ringen mit den Feinden an den Landesgrenzen, aber schon hebt aus den Reihen der Bevorchten ein Gezeiter an. Man fürchtet nach dem Kriege eine erhebliche Verschiebung der Volkskräfte, in welchen die Erkenntnis von ihrer Bedeutung wächst. Diese Volkskräfte, die in so glanzvoller Weise ihre Macht einer Welt von Feinden zu zeigen wußten, glauben billig verlangen zu können, daß sie auch unter der Friedensarbeit volle Würdigung finden. Deutschland soll der Welt zeigen, daß es nicht nur an der Spitze aller Militärmächte steht und in kriegerischen Großtaten die erste Stelle einnimmt, sondern daß auch sein gesamtes Kulturleben ihm die führende Stelle zuweist. Wir wissen zwar, daß bis zu jenen Zielen noch mancher steinige Weg überwunden werden muß, aber sie werden überwunden werden, denn das Ziel ist ein großes, herrliches! Dem deutschen Streben und Wirken steht ein hoher sittlicher Nachfaktor zur Seite, der auch in dieser harten Zeit seine Stärke und Unverwundbarkeit erwiesen hat: Die Bedeutung und Macht der Organisationskraft; ihr wird auch in dem unausbleiblichen Kampf des Fortschritts zu Kultur und bürgerlicher Freiheit die führende Rolle zufallen und dem deutschen Volk die politische und kommunale, soziale, gewerbliche und kulturelle Stelle zuweisen, die seinem Streben nach edlem Menschentum entspricht, sittlicher Lebensführung gebührt.“

Diese beherzigenswerten Worte mögen auch ein Ansporn zur Arbeit für unsere Organisation sein!

Höchstpreise für Wäucherwaren und Fischmari-naden sollen entgegen ursprünglicher Absicht nicht eingeführt werden, es soll vielmehr nur zur Aufstellung von Richtpreisen kommen. Da hätten es also die zur Beratung hinzugezogenen Sachverständigen (lies: Interessenten) wieder einmal verstanden, ihr Schäflein ins Trockene zu bringen. Denn daß — wie man zur Beschönigung des Rückzugs jetzt schreibt — auf die Preisgestaltung für Fisch und Wäucher großen Einfluß üben, das wußte man schon vor dem Kriege, und das wußten auch die Fischindustrien, als sie dem Reichsamt des Innern selbst bestimmte Höchstpreise vorschlugen, solche also als durchführbar erachteten.

Kartoffelernte und Schweinemast. In letzter Zeit wird wieder Stimmung gemacht für Freigabe von Kartoffeln in größeren Mengen zur Schweinefütterung. Man begründet dies vielfach damit, daß die Ernte nicht, wie man erwartet hatte, eine „überreiche“, sondern eine „Mittelernte“ sei, und bei der Beschlagnahme der Kartoffeln für menschliche Zwecke daher die Schweine zu kurz kämen. In der „Fuldaer Zeitung“ wird auch die Forderung: „ausreichende Kartoffelmengen zur Mästung von Schweinen“ vertreten. Man traut seinen Augen nicht, wenn man dort folgendes liest: „Es scheint uns, daß der den städtischen Verbrauchern einschließend der Kinder quackbillige Satz von täglich 1 1/2 Pfund Kartoffeln auf den Kopf im allgemeinen als zu hoch bezeichnet werden darf, namentlich im Hinblick darauf, daß dieser Satz auch beim kämpfenden Heer nicht höher ist. Der hohe Satz, der von der Bevölkerung nicht verzehrt werden kann, wird nur zur Anreicherung von Mehlreserven führen, die wie im vorigen Herbst und Winter wieder verfault werden und zwar an solche Tiere, die nicht gerade zur Sehung der Volksernährung beitragen. Man überlege, ob es nicht möglich ist, den Tagesatz für die städtische Bevölkerung etwas herab-

zusetzen und den Landwirten größere Mengen von Kartoffeln zur Erzeugung von Schweinefleisch und Fett zur Verfügung zu stellen.“

Also 1 1/2 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung sollen zu hoch sein; das hohe Quantum könne von der Bevölkerung nicht einmal verzehrt werden! Das kann nur sagen, wer auf dem Monde lebt und nicht weiß, daß unsere schwerarbeitende Bevölkerung fortgesetzt nach einer höheren Menge von Kartoffeln ruft, weil die anderen Lebensmittel bekanntlich fehlen. Selbst wenn unsere Soldaten nicht mehr als 1 1/2 Pfund Kartoffeln bekommen, so muß doch berücksichtigt werden, daß unsere Truppen erfreulicherweise noch mit Hülsenfrüchten, Reis usw. versehen werden, was unsere städtischen Verbraucher längst nicht mehr kennen. Dazu kommt, daß die Seeresverwaltung auch immer noch besser für Fleisch und andere Nahrungsmittel sorgt, als das für die Zivilbevölkerung geschieht. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen, daß der Forderung, der Landwirtschaft ein größeres Quantum Kartoffeln für die Schweine freizugeben, Folge gegeben wird. Die Kartoffeln müssen mit Rücksicht auf den Mangel an anderen Lebensmitteln vor allem der menschlichen Ernährung dienen. Ein Nahrungsmittel muß die Bevölkerung am besten haben, an dem sie sich satt essen kann!

Ueber auffallendes Ueberangebot weiblicher Bewerber auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt klagt der öffentliche kaufmännische Stellennachweis in Köln a. Rh. Während 1915 auf 100 offene Stellen für männliche Angestellte 129 Bewerber kamen, stellte sich das Verhältnis bei den Frauen auf 198. Dieses auffallende Ueberangebot weiblicher Bewerber erklärt der vorliegende Jahresbericht zutreffend daraus, daß neben einer kleinen Zahl Kriegerfrauen erheblich viele an theoretisch (und das zum Teil noch mangelhaft) ausgebildete junge Mädchen — sogenannte Anfängerinnen — sich zum Kaufmannsberufe drängen. Von 411 solcher Bewerbungen konnten nur 36 durch Besetzung erledigt werden. Die Handelskammer hat sich gegenüber diesem Ueberangebot veranlaßt gesehen, nachstehende Entschlieung zu fassen:

„Der Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten auf den Zutritt von Frauen und Mädchen zu den kaufmännischen Unterrichtsanstalten hingewiesen, der das vorhandene Bedürfnis nach Arbeitskräften bei weitem übersteigt und hierbei auf die erheblichen Bedenken eines solchen Mißverhältnisses aufmerksam gemacht. Da auch im hiesigen Bezirk die Beobachtung gemacht worden ist, daß nicht nur ein Ueberangebot an gelerntem weiblichen kaufmännischen Arbeitskräften vorliegt, sondern namentlich ein großer Anbruch von Anfängerinnen und vielfach mangelnden theoretischen Kenntnissen bemerkbar macht, nimmt die Handelskammer gelegentlich des Schlußschusses Veranlassung, auf das nachdrücklichste vor weiterem Zugang weiblicher Arbeitskräfte zumal mit ungenügender Vorbildung zum kaufmännischen Berufe zu warnen, da sonst eine ganz wesentliche Verschlechterung der Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Personals mit Sicherheit zu erwarten ist.“

Genau so wie in Köln liegen die Verhältnisse auch an anderen Orten. Die Handelschulen aller Art und ähnliche, oft auf sehr unreefer Grundlage aufgebauten Institute erfreuen sich einer regen Inanspruchnahme, weil die jungen Mädchen glauben, alleck Stellung und damit lobenden Verdienst zu finden. In Wirklichkeit trifft dies nicht zu. Das Angebot von solchen minderwertigen Arbeitskräften ist schon jetzt derartig stark, daß die Eltern es sich zehnmal überlegen sollen, ehe sie ihre Töchter einer nichts weniger als sorgenfreien Zukunft entgegenführen.

Französische Streikstatistik. In dem amtlichen französischen Bulletin du Ministère du Travail (Mitteilungen des Arbeitsministeriums) März-Mai 1916 werden die Zahlen der Streiks in Frankreich für die Jahre 1914 und 1915 mit besonderer Betrachtung der Kriegsstreiks gegeben. Während 1913 in Frankreich 1073 Streiks geschäft wurden, bei denen 220 448 Streikende in 8479 Betrieben an zusammen 2 223 781 Tagen streikten, waren es 1914: 672 Streiks mit 160 566 Streikenden in 3654 Betrieben während 2 187 272 Streiktage. Diese Zahlen sanken im Jahre 1915 auf 98 Streiks mit 9361 Streikenden in 304 Betrieben während 55 278 Streiktage.

Scheidet man aus diesen Zahlen diejenigen vom 1. August 1914 bis Ende 1915 aus, so ergeben sich 116 Streiks mit 10 421 Streikenden. Von diesen 116 Streiks dauerten 100 eine Woche und weniger, 10 acht bis fünfzehn Tage, 3 sechszehn

